Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 163 (1997)

Heft: 9

Artikel: Mitteleuropäische Sicherheitspolitik

Autor: Gustenau, Gustav E.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-64737

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

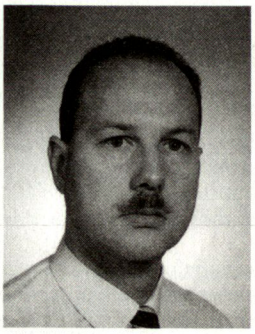
Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Mitteleuropäische Sicherheitspolitik

Gustav E. Gustenau

Die diesjährigen Gaminger Gespräche setzten sich zur Aufgabe, der Frage nachzugehen, ob die Staaten Mitteleuropas über gemeinsame Sicherheitsinteressen verfügen, und wenn ja, wie diese gemeinsam am effektivsten verfolgt werden könnten. Zur Diskussion dieses Themenbereiches wurden die Vorsitzenden der Verteidigungsausschüsse der nationalen Parlamente der Schweiz, Deutschlands, Österreichs, Tschechiens, der Slowakei, Ungarns, Sloweniens, Kroatiens und Rumäniens am 23. Mai in das Parlament zu Wien geladen.



Oberstleutnant Mag. Gustav E. Gustenau, Generalsekretär der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien.

Die Frage, ob es so etwas wie eine gemeinsame mitteleuropäische Sicherheitspolitik gibt, wurde aber von den Vertretern der einzelnen Staaten entweder nicht ausreichend diskutiert oder von einem nicht unwesentlichen Vertreter der NATO, der seinen Dienst an verantwortungsvoller Stelle im PfP - Planning Commitee versieht, eindeutig mit «nein» beantwortet. Nach seiner Ansicht ist Mitteleuropa in Anlehnung an den Titel einer Publikation ein «Gespenst».[1] So etwas wie eine genuine mitteleuropäische Sicherheitspolitik sei daher gar nicht möglich und im übrigen vollziehe sich europäische Sicherheitspolitik ausschliesslich in der EU, WEU und vor allem in der NATO. Dieser, wenn auch sehr akzentuierten Meinung, wurde insofern von den Vertretern der MOE-Staaten Rechnung getragen, als sie unisono die Lösung all ihrer Sicherheitsprobleme in einer Aufnahme in das transatlantische Bündnis sehen. Die hiefür vorgebrachten Begründungen lassen jedoch in mehrerer Hinsicht Zweifel aufkommen. Überwiegend werden eher abstrakte Argumente angeführt, die ganz generell die Zielsetzung der Mitgliedschaft in einem erfolgreichen Sicherheitsbündnis in den Vordergrund stellen, oder einfach den Schutz vor potentiellen Aggressionshandlungen, die mehr oder weniger offen dem einen oder andern Akteur in der Region unterstellt werden. Im Vordergrund steht überwiegend der Wunsch, an der transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft teilzuhaben, in der dann alle nationalen Sicherheitserfordernisse aufgehoben werden.

Hieraus ergeben sich folgende Problemstellungen: 1. Der unmittelbare Nutzen einer Bündnismitgliedschaft kann oft nicht vermittelt werden, da die Definition spezifisch nationalstaatlicher Ziele unterbleibt oder nur ansatzweise erfolgt und die begrüssenswerten, aber abstrakten Zielsetzungen der NATO einfach übernommen werden. Teilweise entsteht damit der Eindruck, als wollten sich die MOE-Staaten nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes und des ehemaligen Jugoslawien, freiwillig schnellstmöglich unter eine neue fremdbestimmte Ordnung begeben, was angesichts der beschränkten nationalen Ressourcen und dem Wunsch, Bestandteil des «Westens» zu sein, verständlich erscheint. 2. Daraus folgt, dass die sicherheitspolitischen Absichten der jeweiligen Regierungen von der Bevölkerung in den einzelnen Ländern so nicht nachvollzogen werden können, was schwerwiegende Akzeptanzprobleme zur Folge haben könnte. Bemerkenswert ist der Umstand, dass nicht nur in Österreich, sondern auch in der Slowakei das Argument an Bedeutung gewinnt, demzufolge nach einem Beitritt Tschechiens, Ungarns, allenfalls auch Sloweniens der Beitritt des eigenen Landes gar nicht mehr erforderlich sei, da die umliegenden NATO-Staaten ohnedies ein weitgehend sicheres Umfeld garantieren würden. Aus der Sicht der Slowakei wäre dann auch der schmale Grenzstreifen zur Ukraine kein wirkliches Sicherheitsproblem. In nahezu allen ostmitteleuropäischen Staaten, zuletzt auch in Slowenien, mehren sich die Stimmen in der Öffentlichkeit, die nach dem konkreten Nutzen eines NATO-Beitrittes für das eigene Land fragen. Meinungsumfragen zufolge lässt sich in kaum einem der Länder eine klare Mehrheit in der Bevölkerung für den NATO-Beitritt ableiten. 3. Das Versäumnis einer realitäts- bzw. staatsbezogenen Interessensdefinition hat negative Konzequenzen für alle Staaten der Region, weil eine abgestimmte Interessenpolitik, die den Nutzen gemeinsamer Anstrengungen für die Bewältigung konkreter sicherheitspolitischer Herausforderungen, die die Region betreffen, so nicht möglich ist und dies auch nicht vermittelt werden kann. 4. Abgesehen von den Akzeptanzproblemen in der Bevölkerung bleibt damit der Handlungsrahmen der Staatsführungen weitgehend beschränkt, weil der bestimmende Orientierungspunkt der nationalen Sicherheitspolitik die unmittelbaren Erfordernisse des Bündnisses sind und auch eine Behauptung eigener Interessen im Bündnis auf sich allein gestellt wesentlich schwieriger ist als im Verein mit jenen Staaten, die durch ähnliche Sicherheitsprobleme herausgefordert sind. Eine entsprechende Diskussion unter den Staaten Mittel- und Ostmitteleuropas findet bestenfalls ansatzweise statt.

In diesem Zusammenhang ist der Standpunkt der Schweiz besonders interessant, weil Sicherheitspolitik hier zuerst und vor allem aus der Sicht des souveränen Staates konzipiert wird, und nicht nach den Bedürfnissen eines Bündnisses. Wie Ständerat Kaspar Rhyner sehr deutlich ausführte, fusst die Schweizer Sicherheitspolitik auf

einem klar umrissenen Fundament der nationalen Identität und den daraus ableitbaren nationalen Interessen.[2] Ob das Festhalten an der Neutralität als Mittel der nationalen Sicherheitspolitik heute die adäquate Antwort auf die gegebenen Herausforderungen ist, wird aber auch in der Schweiz mittlerweile massiv hinterfragt.[3]

Welche Fragen sind also aus der Sicht des neutralen Kleinstaates zu erörtern? Ganz allgemein die Grenzen und Möglichkeiten einer autonomen Verteidigung sowohl im Falle einer strategischen Bedrohung unterhalb der Kriegsschwelle als auch im Lichte des Umstandes, dass Abwehrmassnahmen im Kriegsfall jedenfalls ausschliesslich auf dem eigenen Territorium stattfinden müssten, womit gleichzeitig die strategische Tiefe im europäischen Kontext eingeschränkt bleibt. Weiters die Gestaltung des strategischen Handlungsrahmens für die Staatsführung bei einem Verzicht auf kooperative Problemlösungen und präventive Stabilisierungsmassnahmen im Bündnisrahmen. Hier gilt es auch die Frage zu klären, ob nicht ein Bündnisbeitritt mit dem Ziel eines vollen Mitbestimmungsrechtes ein wesentliches Mittel zu Interessensbehauptung ist. Spätestens hier ist aber das «um zu...», also die Artikulierung des konkreten Interesses, stärker einzufordern. Aus österreichischer Sicht wären etwa folgende Problemstellungen zu diskutieren: Inwieweit wird die Sicherheitslage Österreichs verändert, wenn die ostmitteleuropäischen Nachbarn der NATO beitreten, und welche Konsequenzen hätte es, wenn Österreich diesen Prozess nicht als Vollmitglied oder zumindest als Beitrittsbewerber zum frühest möglichen Zeitpunkt mitgestaltet? Inwieweit wird eine generelle Interessenswahrnehmung Österreichs in den ostmitteleuropäischen Ländern erschwert, wenn es am sicherheitspolitischen Integrationsprozess nicht teilnimmt? Kann Österreich seinen für den geostrategischen Zusammenhang Mitteleuropas wohl wesentlichsten Potentialfaktor, den Raum- und Lagewert des Donau-Korridors, bei einem späteren Beitritt noch im selben Masse einbringen, wenn die Landbrücke von Italien nach Ungarn etwa über Slowenien zumindest teilweise bereits hergestellt wurde? Können regionale militärische Kooperationsformen, die den österreichischen Interessen entsprechen, eingegangen werden, wenn die Streitkräfte der Staaten Ostmitteleuropas angesichts beschränkter Ressourcen all ihre Strukturen ausschliesslich auf die Erfordernisse der NATO ausrichten und auf regionale Bezüge, da eben nicht alle Staaten Mitglied sind, keine Rücksicht nehmen können? Gemeinsame Übungen im Rahmen von PfP haben eine andere Qualität als beispielsweise eine gemeinsame Luftraumverteidigung, die nicht zuletzt die Kostensenkung ermöglichen würde durch beispielsweise einen Verbund der Luftraumüberwachung, den Betrieb eines einheitlichen Flugzeugtyps oder eine gemeinsame Wartung von Waffensystemen. Welche Auswirkungen hätte daher ein Bündnisbeitritt und die dann mögliche Arbeitsteilung mit den Streitkräften der Region auf das eigene Wehrsystem, den Umfang und die Struktur der Streitkräfte usw.?

All diese Fragen und Argumente sind zwar durchaus im Lichte der NATO-Osterweiterung zu diskutieren, als unmittelbarer Bezugspunkt der sicherheitspolitischen Analyse darf aber der regionale Bezug nicht übersehen werden. Aus österreichischer Sicht sollte er zunächst Ausgangspunkt aller Analysen sein. Die Bewahrung der nuklearen Garantie der USA für Europa oder die Verhinderung einer Renationalisierung der Sicherheitspolitik in Europa usw. sind absolut begrüssenswerte Zielsetzungen der NATO, aber noch keine hinreichenden Gründe für einen Beitritt aus österreichischer Sicht. Hiezu erscheint eine Geltendmachung des unmittelbaren sicherheitspolitischen Nutzens unabdingbar. Es ist evident, dass zur Bewältigung ganz konkreter Herausforderungen, etwa der Abwehr von Fundamentalismen und Nationalismen oder der Folgen eines Zusammenbruches staatlicher Strukturen in oder im unmittelbaren Vorfeld der Region, eine enge Abstimmung und Kooperation gerade jener Staaten erfolgen sollte, die unmittelbar betroffen sind. Die Entwicklung einer «Sicherheitsidentität» der mitteleuropäischen Staaten wäre daher nur logisch und ist folglich kein Widerspruch zu den Zielsetzungen der NATO. Vielmehr könnte durch gemeinsame Anstrengungen in der Region letztlich die Kohärenz und die Effizienz des Bündnisses erhöht werden.

[1] «Ein Gespenst geht um... Mitteleuropa» Titel einer Publikation der internationalen Tagung 1986 in Regensburg mit dem Thema «Grenzen und Horizonte – zur Problematik Mitteleuropas in Vergangenheit und Gegenwart».

[2] Rhyner, Kaspar: die schweizerische Neutralität. Vortrag vom Präsidenten der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates im Rahmen der Gaminger Gespräche in Wien am 23. Mai 1997.

[3] Däniker, Gustav: Vor einer strategischen Weichenstellung. Grundfragen schweizerischer Sicherheit wieder aktuell. In: NZZ vom 4. Juni 1997, S. 29. ■

CIS-Zentrum für Internationale Studien

Das Zentrum für Internationale Studien ist eine hochschulübergreifende Einrichtung von ETH und Universität Zürich. Es umfasst als Vollmitglieder drei institutionelle Einheiten mit über 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Forschungsstellen orientiert sich am Prinzip der Subsidiarität. Dies mit dem Ziel, einerseits grösstmögliche Flexibilität und Individualität betreffend die Ausrichtung der Forschung zu erhalten und andererseits das Synergiepotential in den Bereichen Lehre, öffentliche Anlässe und Infrastruktur auszuschöpfen.

Die schweizerische Politik befindet sich gegenwärtig in einem Prozess der Öffnung gegenüber dem Ausland und der verstärkten Beteiligung an Projekten der multilateralen Zusammenarbeit. Der Übergang vom «Sonderfall Schweiz» zum «Normalfall Schweiz» verlangt auch den Einsatz der Wissenschaft.

Die im CIS kooperierenden Professoren streben mit Blick auf die Fachbereiche Internationale Beziehungen, Sicherheitspolitik und Konfliktforschung an:

- den Forschungsstandort Zürich auf hohem wissenschaftlichen Niveau zu halten und weiter auszubauen,
- die Lehre an ETH und Universität Zürich zu vervollständigen (u.a. durch die Schaffung eines Nachdiplomstudiums für Internationale Studien [NADIS]),
- ein qualitativ hochwertiges Angebot an öffentlichen Veranstaltungen und Forschungskonferenzen zu sichern,
- durch ihre Zusammenarbeit einen Schwerpunkt für Ausbildung und öffentliche Dienstleistungen in der deutschen Schweiz zu bilden,
- verbesserte Möglichkeiten für die Publikation von Forschungsresultaten und deren Umsetzung im Rahmen eines öffentlichen Dialogs zu schaffen,
- die verfügbare Infrastruktur angesichts knapper Mittel effizienter zu nutzen,
- ihre Bibliotheken und Dokumentationen der interessierten Öffentlichkeit in einfach zugänglicher Form zur Verfügung zu stellen.

CIS
Center for International Studies, Zurich
Zentrum für Internationale Studien, Zürich
Delegierter: Prof. Kurt R. Spillmann
ETH-Zentrum / SEI
CH-8092 Zürich
http://www.cis.ethz.ch/ G.